



Zürich, 22. Mai 2015/cm

Geschichte der SP Schweiz von 1838 bis 2007

1838

- Gründung des „Schweizerischen Grütlivereins“ in Genf als patriotisch-demokratischer Arbeiterbildungsverein mit der Devise „Durch Bildung zur Freiheit“

1870

- Erste, kurzlebige Gründung der SP Schweiz unter der Leitung von Hermann Greulich.

1873

- Gründung des ersten oder sog. alten Arbeiterbundes, einer Zusammenfassung zahlreicher Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

1880

- Auflösung des Arbeiterbundes. Gründung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und -wiederum ohne dauernden Erfolg - der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

1888

- Der Schweizerische Arbeitertag vom 21. Oktober beschliesst in Bern die Bildung einer Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS). Verfasser des Programms ist der Berner Albert Steck, erster Präsident der ebenfalls aus Bern stammende Alexander Reichel. Parteiorgan ist der „Schweizerische Sozialdemokrat“.

1889

- Die SP Schweiz ergreift ihr erstes Referendum, gegen die Bundesanwaltschaft; es scheitert mangels Unterschriften.

1890

- Erstmals 1. Mai-Feiern in der ganzen Schweiz. Erste Wahl eines Sozialdemokraten in den Nationalrat: Jakob Vogelsanger) von Zürich, Redaktor des „Grütliener“.

1891

- Die SPS ergreift ihre erste Initiative, „Recht auf Arbeit“. Ziel: der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Initiative wurde 1893 mit 52387 Unterschriften eingereicht. In der Volksabstimmung vom 3. Juni 1894 wurde die Initiative mit 308'289 gegen 75'880 Stimmen abgelehnt; verworfen hatten auch sämtliche Stände.

1901

- Die SPS und der Grütliverein bilden eine Föderation.

1904

- Der Aarauer Parteitag genehmigt das von Otto Lang, Oberrichter in Zürich, verfasst Parteiprogramm auf marxistischer Grundlage.

1905

- Gründung des „Arbeiter-Touristenvereins“ „Die Naturfreunde“ in Zürich.

1906

- Am Parteitag in Olten-Hammer steht erstmals die Armee im Zentrum der Diskussion. Die verabschiedeten Thesen wenden sich gegen den damals üblichen Militäreinsatz gegen Streikende und verlangen eine Verminderung der Militärausgaben.

1910

- Die SP-Volksinitiative zu Proporzwahl des Nationalrates wird abgelehnt.

1911

- Die 18 Sozialdemokraten im Nationalrat bilden erstmals eine eigene Fraktion.

1912

- SPS und Gewerkschaftsbund gründen gemeinsam die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale (SABZ).
- Der Parteitag von Neuenburg behandelt erstmals die Frauenfrage und verabschiedet ein Thesenpapier, das insbesondere die Partei und ihre Organe verpflichtet, jede Gelegenheit zu ergreifen, um „für die Einführung des Frauenstimmrechtes zu agitieren“.

1913

- Die SPS reicht eine neue Initiative zur Proporzwahl des Nationalrates ein. Sie wird in der Volksabstimmung von 1918 angenommen.

1917

- Der Parteitag lehnt die Landesverteidigung ab, löst die Arbeiterinnenverbände auf und gründet eine zentrale Frauenagitationskommission.

1918

- Das von der SPS und dem Gewerkschaftsbund gegründete „Oltener Aktionskomitee“ antwortet auf das Truppenaufgebot, das vom Bundesrat auf Forderung von General Wille beschlossen worden ist, mit dem Aufruf zum Landesstreik und stellt folgende 9 Forderungen auf:
 - 1. sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz;
 - 2. aktives und passives Frauenstimmrecht;
 - 3. Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht;
 - 4. 48-Stunden-Woche in öffentlichen und privaten Unternehmen;
 - 5. Reorganisation der Armee zu einem Volksheer;
 - 6. Sicherung der Lebensmittelversorgung;
 - 7. Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung;
 - 8. Staatsmonopol für Importe und für Exporte;
 - 9. Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden
- An 107 Orten nehmen etwa 250'000 Streikende teil; Streikabbruch am 3. Tag nach Ultimatum des Bundesrates.

1919

- Erste Proporzwahl für den Nationalrat: die SPS verdoppelt ihre Mandate von 20 auf 41. Der Vorort der SPS wird von Zürich nach Bern verlegt.

1920

- Der Parteitag beschliesst das neue Parteiprogramm mit einem umstrittenen Passus über die Diktatur des Proletariates als Übergangsphase vom kapitalistischen Klassenstaat zum sozialistischen Gemeinwesen.

1921

- Die „21 Bedingungen“ zu Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden vom Parteitag und auch in einer darauffolgenden Urabstimmung abgelehnt. Die Parteilinke (ca. 5'000 AnhängerInnen) tritt aus und gründet, zusammen mit den Altkommunisten und Jungburschen die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS).
- Gründung der sozialistischen Monatszeitschrift „Rote Revue“ als „Organ theoretischer Auseinandersetzung und Bildung“.

1924

- Die „Lex Schulthess“ wird in der Volksabstimmung verworfen. Einem Referendumskomitee, bestehend aus SPS, SGB und Angestelltenorganisationen war es gelungen, den bürgerlichen Versuch zu verhindern, die gesetzlich verankerte 48-Stunden-Woche rückgängig zu machen.

1926

- Beitritt der SPS zu II. Internationale.
- Der Parteitag beschliesst, zusammen mit dem SGB eine „Kommission zum Kampf gegen den Militarismus“ zu bestellen und die Nationalräte anzuweisen, „auch in Zukunft das Militärbudget als Ganzes abzulehnen.“

1927

- SP-Frauentag verlangt die Einführung einer Mutterschaftsversicherung.

1929

- Der Parteitag spricht sich für eine Bundesratsbeteiligung aus. In der Bundesratswahl vom Dezember wird der Zürcher Stadtpräsident als SP-Kandidat aufgestellt, aber nicht gewählt.

1931

- Aus den Nationalratswahlen geht die SPS als stärkste Partei hervor.
- Gründung der ASASK, Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände.

1932

- Massaker von Genf: Rekruten schießen ohne Vorwarnung in eine antifaschistische Demonstration von ArbeiterInnen.

1933

- Der Parteitag lehnt das Einheitsfront-Angebot der Kommunistischen Partei ab.
- Erste rote Kantonsregierung: SP-Mehrheit in Genf mit Léon Nicole als Präsident.

1935

- Das vom Parteitag in Luzern beschlossene neue Parteiprogramm verzichtet auf die „Diktatur des Proletariates“ und anerkennt die Landesverteidigung.
- Als Aktionsplan beschliesst die Partei den „Plan der Arbeit“. Ziel dieses Plans ist eine „wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zweck, dem gesamten Schweizervolk eine auskömmliche Existenz zu sichern.“
- Die demselben Zweck dienende Kriseninitiative wird vom Volk abgelehnt.

1937

- Die SPS tritt der „Richtlinienbewegung“ bei. Die „Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie“ gehen vom SGB aus und wollen eine Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte über die Arbeiterbewegung hinaus.

1939

- Léon Nicole wird wegen seiner Befürwortung des Hitler-Stalin-Paktes aus der Partei ausgeschlossen und gründet die „Fédération socialiste suisse“.

1942

- Geprägt von den Erfahrungen der 30er Jahre - Faschismus und Krise - beschliesst der Parteitag die „Neue Schweiz“ als Aktionsprogramm für die Nachkriegszeit. Gefordert wird eine sozialistische Ordnung auf „freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage, in der Absicht, durch die Befreiung von der Herrschaft des Kapitals dem gesamten Schweizervolk Wohlstand und Kultur zu sichern.“ Die Armee

wird anerkannt, Grosskonzerne sollen in Gemeineigentum überführt, Boden und Wohnung der Spekulation entzogen werden.

1943

- Sieg in den Nationalratswahlen: Mit 56 von 194 Sitzen wird die SP zur stärksten Fraktion.
- Die SP erhebt den Anspruch auf eine Zweiervertretung im Bundesrat. Ernst Nobs) wird als erster Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt.

1944

- Gründung der „Partei der Arbeit der Schweiz“. Sie besteht aus ehemaligen Kommunisten, aus Dissidenten der SPS und aus parteilosen Linken.

1947

- Die 1947 mit 161'000 Unterschriften eingereichte SP-Initiative „Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“ wird vom Volk in allen Kantonen massiv abgelehnt. Hauptursache für dieses Ergebnis ist die unerwartete Nachkriegskonjunktur mit Vollbeschäftigung.
- Das Bundesgesetz über die AHV wird in der Volksabstimmung angenommen, womit eine Forderung des Landestreiks von 1918 erfüllt ist.

1953

- Am Tag nach der Ablehnung der Finanzreform tritt der SP-Finanzminister als Bundesrat zurück. Die SP begibt sich in die Opposition.

1959

- Der Parteitag in Winterthur beschliesst das neue Parteiprogramm mit einem klaren Bekenntnis zu einem Reformsozialismus „auf dem Boden der Demokratie“.

1965

- Mit Emma Kammacher wird zum ersten Mal eine Sozialdemokratin Präsidentin eines Kantonsparlamentes.

1968

- Der Parteitag beschliesst zwei Volksinitiativen: Ausbau der AHV zu einer Volkspension und Umwandlung der Wehrsteuer in eine als Reichtumssteuer konzipierte Bundessteuer.

1971

- Zusammenschluss verschiedener, aus der 68er Bewegung hervorgegangenen, progressiven Organisationen zur POCH.

1972

- Der Parteitag lehnt die PdA-Initiative für eine Volkspension ab und unterstützt das Drei-Säulen-Modell.

1973

- Wahl von Willy Ritschard als Nachfolger von Hans-Peter Tschudi in den Bundesrat.

1974

- Die Juso-Schweiz verabschieden ihre Statuten und konstituieren sich damit als Jugendorganisation der SP Schweiz.

1975

- Der Parteitag verabschiedet eine Bodenrechtsinitiative, die allerdings mangels Unterschriften nicht zustandekommt, und wählt den Basler Nationalrat Helmut Hubacher zum Parteipräsidenten.

1976

- Die Mitbestimmungsinitiative von Partei und Gewerkschaftsbund sowie der Gegenvorschlag des Parlamentes werden verworfen.

1977

- Der Neuenburger Ständerat Pierre Aubert wird als Nachfolger von Pierre Graber in den Bundesrat gewählt.

1978

- Der Parteitag in Basel lanciert die Bankeninitiative und befürwortet - gegen den Willen von Parteivorstand und Bundesrat Willy Ritschard - die Atominitiative.

1979

- In der Westschweiz bildet sich innerhalb der Partei die linke „Groupe d'Yverdon“, die für selbstverwalteten Sozialismus und den Bruch mit dem Kapitalismus eintritt.

1981

- Die JUSO beschliesst die Lancierung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Armee.
- Der von Schriftstellern und Intellektuellen erarbeitete Entwurf eines neuen Parteiprogramms auf der Basis der Selbstverwaltung wird vom Parteivorstand und vom Parteitag abgelehnt.

1982

1. Der Parteitag von Lugano beschliesst das heute noch gültige Parteiprogramm.

1983

- Der Solothurner Nationalrat Otto Stich wird als Nachfolger von Willy Ritschard in den Bundesrat gewählt. Das Scheitern der offiziellen SP-Kandidatin Lilien Uchtenhagen erregt eine Grundwelle der Empörung und führt zur bisher umfangreichsten Debatte über die Regierungsbeteiligung.

1984

- Der Parteitag entscheidet sich gegen den Austritt aus dem Bundesrat.
- Die SP-Bankeninitiative wird vom Volk abgelehnt.

1986

- Der Parteitag beschliesst eine Volksinitiative für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

1987

- Nach einem im Zeichen des Umweltschutzes geführten Wahlkampf bringt die sogenannte „Hoffnungswahl“ in die eidgenössischen Räte einen Sieg der unverrückbaren Stabilität des Bürgerblocks und eine Schlappe für die Sozialdemokraten.
- Der Neuenburger René Felber wird als Nachfolger von Pierre Aubert in den Bundesrat gewählt.

1990

- Der Parteitag in Basel beschliesst die Lancierung einer Volksinitiative „zum Ausbau der AHV“ und stimmt unter klaren Voraussetzungen einem IWF-Beitritt der Schweiz zu.
- Der Walliser Nationalrat Peter Bodenmann wird als Nachfolger von Helmut Hubacher zum Parteipräsidenten gewählt.
- Die SP formuliert ihre Europa-Integrationspolitik mit kompensierenden innenpolitischen Reformen.

1991

- Lancierung von zwei Initiativen für ein Waffenausfuhrverbot sowie für die Halbierung der Militärausgaben und mehr Friedenspolitik.
- Die SP verlangt ein rasches EG-Beitrittsge such.
- Referendum gegen die staatsstreichartig beschlossene Reduzierung der Stempelsteuern. Das Referendum scheitert vor dem Volk (1992).
- Der SP-Vorstand unterstützt entgegen der Politik der Fraktion knapp das IWF-Referendum der Entwicklungsorganisationen.
- Bei den eidgenössischen Wahlen bleibt der erwartete Erfolg aus.

1992

- Die SP Schweiz unterstützt die GSOA-Initiative gegen den Kauf von F/A-18-Flugzeugen.
- Am Genfer Parteitag befürwortet die SP Schweiz den EWR als ersten Schritt in Richtung EG und heisst drogenpolitische Thesen gut, die eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums, eine ärztlich kontrollierte Drogenabgabe und langfristig eine Drogenlegalisierung verlangen.

- Die SP unterstützt die Alpen-Initiative, die eine definitive Verlagerung des Güter-Transitverkehrs auf die Schiene verlangt.

1993

- Nach dem Rücktritt von Bundesrat René Felber wählt die bürgerliche Parlamentmehrheit statt der offiziellen SP-Kandidatin Christiane Brunner den Neuenburger National- und Regierungsrat Francis Matthey in den Bundesrat. Nach Mattheys Verzicht wird eine Woche später, am 10. März, die Gewerkschaftssekretärin Ruth Dreifuss als erste SP-Bundesrätin gewählt.
- Die SP unterstützt die Volksinitiative „für eine vernünftige Drogenpolitik“.
- Der Parteitag führt das Instrument der Urabstimmung und damit eines parteiinternen Initiativ- und Referendumsrechtes ein.
- Die SP unterstützt die Volksinitiative „für eine gerechtere Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden“ (Quoteninitiative) sowie die beiden Volksinitiativen „Für einen Solar-Rappen“ und „Für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung“.

1994

- Die Alpeninitiative, von der SP unterstützt, wird vom Volk angenommen. Der ausserordentliche Parteitag von Bern verabschiedet ein umfangreiches Wirtschaftskonzept („Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre“).
- Die SP beschliesst, die Frauenrentenaltererhöhung aktiv zu bekämpfen.
- Die SP- und SGB-Initiative „Für eine gesunde Krankenversicherung“ wird vom Volk abgelehnt. Das neue Krankenversicherungsgesetz KVG hingegen wird gleichzeitig angenommen.

1995

- Die SchweizerInnen verwerfen drei landwirtschaftspolitische Vorlagen, die von der SP bekämpft worden sind, und setzt damit ein klares Zeichen gegen die bisherige Landwirtschaftspolitik und für eine Ökologisierung der Landwirtschaft.
- Die bürgerliche Mehrheit des Parlamentes erklärt die Initiative „Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik“ für ungültig. Nur wenige Wochen später lanciert die SP zusammen mit zahlreichen anderen Organisationen eine neue Militärausgaben-Halbierungsinitiative.
- Bundesrat Otto Stich tritt aus dem Bundesrat zurück. Sein Nachfolger wird der Zürcher National- und Regierungsrat Moritz Leuenberger.
- Bei den National- und Ständeratswahlen vom Oktober gewinnt die SP 13 Sitze im Nationalrat und 2 Sitze im Ständerat. Sie wird zur stärksten Fraktion der Bundesversammlung.

1996

- 21. Januar: Der 5. Schweizerische Frauenkongress verabschiedet verschiedene stark beachtete Resolutionen, die u.a. die Umverteilung der Arbeit, Frauenquoten in der Politik, eine Arbeitszeitverkürzung und eine flexible Ruhestandsrente fordern. 7. Februar: In der Schweiz sind die Frauen seit 25 Jahren stimmberechtigt.
- 10. März: Eidg. Abstimmung. Die SP begrüsst das klare Ja des Schweizer Volkes zum revidierten Sprachenartikel und damit auch zur Viersprachigkeit der Schweiz. Die deutliche Ablehnung der Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen ist ein unmissverständlicher Wink an das EMD. 22. März: Das Parlament verabschiedet das neue Arbeitsgesetz, das in vielen Bereichen inakzeptabel ist. Die SP und der SGB ergreifen das Referendum. Das Referendum wird breit unterstützt, auch von den Landeskirchen.

- 13. Mai: Die Volksinitiative „Für eine Flexibilisierung der AHV gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“ wird mit 175 000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative wurde vom SKV lanciert und ist mit tatkräftiger Unterstützung durch SP und SGB zustande gekommen.
- 9. Juni: Eidg. Abstimmung. Die Revision des Agrarartikels wird mit überwältigender Mehrheit angenommen (SP-Parole: Ja). Das Schweizer Volk gibt damit ein deutliches Zeichen für eine Ökologisierung der Schweizer Landwirtschaft. Die Ablehnung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (SP-Parole: Ja) ist das Resultat einer bedauerlichen Vermengung einer sinnvollen Reform mit der höchst umstrittenen Einführung von zusätzlichen Staatssekretären.
- 11. Juni: Das Referendum gegen das neue Arbeitsgesetz wird mit über 125'000 Unterschriften eingereicht.
- 1. Juli: Das Bundesgesetz für die Gleichstellung von Frau und Mann tritt in Kraft.
- August: Der Beitritt der Schweiz zur Partnerschaft für den Frieden wird auch in der SP heftig diskutiert. Die Geschäftsleitung entscheidet knapp gegen, die SP-Fraktion deutlich für den Beitritt.
- 26. Oktober: An einer Demonstration in Bern unter dem Motto „Wir lassen uns nicht kaputtsparen“ treten 35 000 Personen gegen Sozialabbau, das neue Arbeitsgesetz und für ein Investitionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit ein.
- 16./17. November: Ordentlicher Parteitag der SP Schweiz in Davos: Beschlossen wird mit grossem Mehr die Lancierung einer Volksinitiative im Bereich der Gesundheitspolitik. Ausserdem wird über ein Positionspapier zum öffentlichen Dienst diskutiert und dabei insbesondere festgehalten: Die Schweiz braucht auch weiterhin einen flächendeckenden Service public in den heute abgedeckten Bereichen; Staat und öffentlich-rechtliche Betriebe sollen in Sachen gerechtere Verteilung der Arbeit mit Arbeitszeitverkürzungen und weiteren geeigneten Massnahmen mit dem guten Beispiel vorangehen.
- 1. Dezember: Eine klare Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer lehnt das revidierte Arbeitsgesetz ab. Ausserdem wird die Asylinitiative der SVP klar abgelehnt. Angesichts der millionenschweren Abstimmungskampagne von Blocher&Co ist das ein klarer Sieg für die Demokratie und den Rechtsstaat und für den Schutz der Asylsuchenden.
- Dezember: Zwischen Peter Bodenmann und Moritz Leuenberger entbrennt eine medienöffentliche Auseinandersetzung um die bilateralen Verhandlungen.

1997

- 21. Januar: Das „Manifest vom 21. Januar“ wendet sich gegen Delamuraz' Äusserungen und das Verhalten der Schweizer Banken im Umgang mit den nachrichtenlosen Vermögen. Die SP ruft zur breiten Unterzeichnung des von Kulturschaffenden und PolitikerInnen lancierten Manifests auf.
- 1. März: Die ordentliche Konferenz der SP Frauen steht unter dem Motto „Umverteilung ist machbar“. Die SP Frauen verabschieden ihre Stellungnahmen zur Initiative zur Umverteilung der Arbeit, ein Positionspapier zu NPM und wählen Veronique Pürro und Jacqueline Fehr zu Co-Präsidentinnen der SP Frauen Schweiz. 2. März: Wahlen im Kanton Solothurn. Die SP gewinnt zwei Kantonsratssitze und löst damit die CVP als zweitstärkste Partei ab.
- 25. März: Die Umverteilungsinitiativen - „Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag „ und „Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - mehr Geld für den Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze“ werden nach einem intensiven Sammel-Schlusspurt eingereicht.
- 8. April: Ein Komitee lanciert mit Unterstützung der SP das Referendum gegen das Staatsschutzgesetz.
- 19. April: Der Parteivorstand der SP Schweiz beschliesst, das Referendum gegen den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung zu unterstützen.
- 8. Juni: Eidg. Abstimmungen. Die von der SP lancierte Initiative „Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr“ wird mit zu Stimmen massiv verworfen. Ebenfalls verworfen wird die Initiative der Lega „EU-Verhandlungen vors Volk“. Die Aufhebung des Pulverregals ist erwartungsgemäss unbestritten.

- 21. Juni: Der Parteivorstand der SP Schweiz sagt ja zur PTT-Reform und unterstützt somit das von der PdA lancierte Referendum nicht.
- 27. Juni: Ursula Koch setzt sich gegen Andrea Hämmerle durch und wird als erste Frau zur Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gewählt.
- 24. Juni: Die SP Schweiz ist mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten (<http://www.sp-ps.ch/>).
- 23. August: Der Parteivorstand der SP Schweiz spricht sich für die grundsätzliche Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs aus. Die SP Schweiz beschliesst mit 33 zu 5 Stimmen die Ja-Parole zur Genschutzinitiative und lehnt den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung einstimmig ab.
- 28. September: Eidg. Abstimmungen: Das Nein des Volkes zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung zeigt klar, dass der vom Bundesrat sowie von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit eingeschlagene Weg in Richtung verstärkter Abbaumassnahmen zulasten der Erwerbslosen in der Schweiz nicht mehrheitsfähig ist.
- Mit der sehr deutlichen Ablehnung der Initiative „Jugend ohne Drogen“ zeigen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass in der Schweiz für eine repressive Drogenpolitik keine demokratische Legitimation besteht.
- 22. November: Der Parteivorstand begrüsst die Schaffung einer Solidaritätsstiftung und fordert, dass diese über die Bewirtschaftung der Goldreserven der Nationalbank finanziert wird.
- 8. Dezember: Die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein legen ihre Geschäftsbereiche zusammen und bilden die Grossbank „United Bank of Switzerland“. Als eine politische Massnahme fordert die SP-Fraktion der Bundesversammlung die dringliche Einführung der Kapitalgewinnsteuer.
- 9. Dezember: Die am Parteitag beschlossene und vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund mitgetragene Volksinitiative „Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)“ der SP Schweiz wird lanciert. 30. Dezember: Das Referendum gegen das neue Staatsschutzgesetz scheitert äusserst knapp: Auch bei einer Interpretierung sämtlicher Zweifelsfälle zugunsten des Referendumskomitees zählt die Bundeskanzlei ein Total von 49696 Unterschriften.

1998

- 1. April: Die SP Schweiz hat einen neuen Generalsekretär: Jean-François Steiert, bisheriger Pressesprecher, löst Nationalrätin Barbara Haering ab.
- April: Die JUSO lanciert zusammen mit anderen Jugendorganisationen die Lehrstelleninitiative lipa. Die SP Schweiz unterstützt die Initiative.
- 27. April: Mit Jacqueline Fehr wird eine der Co-Präsidentinnen der SP-Frauen Nationalrätin. Sie tritt die Nachfolge von Elmar Ledergerber an, der in den Stadtrat in Zürich gewählt worden ist.
- 1. Mai: Die SP Schweiz lanciert aus Anlass der Feier zu 150 Jahre Bundesstaat das SP-Kulturprojekt 1998. Sektionen und Kulturschaffende kreieren Geschenke an die Schweiz. Die Aktion findet ihren Höhepunkt mit einer Ausstellung im Zentralsekretariat und einer Videopräsentation am Parteitag von Montreux am 24. und 25. Oktober.
- 7. Juni: Eidgenössische Abstimmungen: Die Volksinitiative „S.o.S. - Schweiz ohne Schnüffelpolizei“ sowie die Gen-Schutz-Initiative (beide von der SP unterstützt) werden von den StimmbürgerInnen mit 75, respektive 67 Prozent Neinstimmen abgelehnt. Das von der SP bekämpfte Haushaltsziel hingegen wird mit 71% Jastimmen angenommen.
- 27. Juni: Die SP Schweiz beschliesst, die Asylgesetz-Referenden zu unterstützen. Die Revision des Asylgesetzes sieht mehrere massive Verschärfungen vor.
- 27. September: Eidgenössische Abstimmungen: Die SchweizerInnen verwerfen die AHV-Initiative und die Kleinbauern-Initiative, sagen aber erfreulich deutlich Ja zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA.

- 24./25. Oktober: Der Parteitag der SP Schweiz in Montreux verabschiedet zwei Positionspapiere „Aufschwung für alle“ und „Globalisierung“ und ändert die „Stimmfreigabe“-Parole des Parteivorstands zur „Droleg“-Initiative mittels einer Resolution in eine „Ja“-Parole.
- 8. November: SP Nationalrat Paul Rechsteiner wird neuer Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Er folgt auf die Co-PräsidentInnen Christiane Brunner und Vasco Pedrina.
- 19. November: Peter Bodenmann meldet sich auf dem nationalen Parkett mit einem umfangreichen Strategierpapier für die Linke zurück.
- 23./24. November: Die Sozialistische Internationale tagt in Genf.
- 29. November: Eidgenössische Abstimmungen: Die bisher grösste Finanzvorlage, zu „Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs“, wird mit zu Stimmen angenommen. Auch der Bundesbeschluss über einen befristet geltenden, neuen Getreideartikel und das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) werden angenommen. Die „Droleg“-Initiative scheitert mit 26.1% Jastimmen jedoch deutlich.
- 30. November: Die bilateralen Verhandlungen sind insbesondere dank dem Verhandlungsgeschick von SP-Bundesrat Moritz Leuenberger abgeschlossen. Die verkehrspolitischen Resultate stimmen optimistisch.
- 9. Dezember: Ruth Dreifuss wird erste Bundespräsidentin der Schweiz.
- 18. Dezember: Die SP hat eine neue Nationalrätin: Nach dem Rücktritt von Ursula Bäumlin stösst Barbara Geiser (BE) in die SP Fraktion.

1999

- 13. Januar: Die SP nimmt den Rücktritt der beiden CVP-Bundesräte Cotti und Koller zur Kenntnis. Sie fordert eine Frau für die Nachfolge und warnt vor einem Rechtsrutsch im Bundesrat.
- 30. Januar: Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hat an ihrer Klausursitzung schwerpunktmässig die Themen Arbeit und Kaufkraft behandelt. Im zweiten Teil ihrer Klausursitzung hat sie die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen diskutiert.
- 3. Februar: Der Integrationsbericht des Bundesrats und die Botschaft zur Initiative „Ja zu Europa“ wird von der SP als zu zögerlich kritisiert.
- 7. Februar: Das Schweizer Volk entscheidet an der Urne über folgende Vorlagen (in der Klammer die Parole der SP Schweiz): Der Bundesbeschluss über die Änderung der Voraussetzungen für die Wählbarkeit in den Bundesrat wird mit zu Stimmen angenommen (Ja). Der Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin wird mit zu Stimmen angenommen (Ja). Die Eidgenössische Volksinitiative „Wohneigentum für alle“ des Schweizerischen Hauseigentümergebundes wird mit zu Stimmen abgelehnt (Nein). Das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG), Änderung vom 20. März 1998 wird mit gegen angenommen (Nein).
- 20. Februar: Die SP Fraktion befürwortet eine rasche Öffnung des Strommarktes und fordert Innovatives Beschäftigungs- und Impulsprogramm mit Energieabgabe von 0,6 Rappen während 25 Jahren
- 31. März: Die SP Schweiz begrüsst die Wahl einer zweiten Frau in den Bundesrat. Mit Ruth Metzler und Joseph Deiss ist der von der FDP angestrebte Rechtsrutsch nicht gelungen.
- 6. April: Die Botschaft des Bundesrats zur 11. AHV-Revision, bei welcher die Kosten ausschliesslich den Frauen und unteren Einkommenschichten aufgebürdet werden, wird von der SP Schweiz scharf kritisiert.
- 8. April: Von ihrem Blitzbesuch in einem NATO-Auffanglager in Mazedonien kehrt Bundespräsidentin Ruth Dreifuss überraschend mit 20 Flüchtlingen, die alle Familienangehörige in der Schweiz haben, zurück.
- 9. April: Ein aus rechtsbürgerlichen bis rechtsradikalen Kreisen zusammengesetztes Komitee lanciert das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung. Die SP Schweiz ist zuversichtlich, die Abstimmung zu gewinnen und zählt dabei auch auf die Vernunft der „verantwortungsvollen Gewerbetreibenden“, welche von der Einführung der MSV profitieren können.

- 18. April: Die neue Bundesverfassung wird an der Volksabstimmung mit zu Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung beträgt 35.3 Prozent.
- 22. April: Die SP Schweiz unterbreitet ihre Vorschläge zur Verwendung des Nationalbankgoldes: Primär sollen damit die Solidaritätsstiftung sowie die Sicherung der Sozialwerke finanziert werden.
- 29. Mai: Der Parteitag in Neuenburg verabschiedet das Positionspapier „Arbeit und Lohn für alle“. Etwas überraschend wird der Antrag der SP Lausanne angenommen, der sich gegen eine Liberalisierung des Strommarktes ausspricht.
- 9. Juni: Nach einem fulminanten Schlussspurt wird die Gesundheitsinitiative der SP und der Gewerkschaften mit rund 110'000 Unterschriften eingereicht.
- 13. Juni: Das Abstimmungswochenende bedeutet vor allem für die Frauen einen herben Dämpfer und Frust: Gegen die Vorlage zur Mutterschaftsversicherung wurde von rechter Seite das Referendum ergriffen. Die Vorlage wird mit JA-Stimmen zu NEIN-Stimmen abgelehnt. Die übrigen Vorlagen (in der Klammer die Parole der SP Schweiz) : Referendum gegen das Asylgesetz (AsylG), welches eine erneute Verschärfung für die Asylsuchenden bringt, wird mit zu Stimmen angenommen (Nein). Der Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich (BMA) wird ebenfalls mit zu Stimmen angenommen (Nein). Der Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin (Referendum von Seiten der EDU) wird mit zu Stimmen angenommen (Ja). Das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung, welches die IV-Viertelsrente abschaffen wollte, wird von den StimmbürgerInnen mit zu Stimmen verworfen (Nein).
- 1. Juli: Die SP Schweiz schlägt der Asylkonferenz ein 5-Punkteprogramm vor, dass sich ganz auf den Wiederaufbau konzentriert.
- 4. September: Am Wahlparteitag der SP Schweiz in Basel nehmen rund 700 Delegierte und Gäste teil. Er verabschiedet eine Resolution in der die Parteispitze und die Gremien aufgerufen werden, nach den Wahlen aus einer Position der Stärke die bürgerlichen Mitteparteien dazu zu bringen, sich zwischen dem rückwärtsgewandten Weg der SVP und dem Weg der SP in Richtung einer offenen und sozialen Schweiz zu entscheiden.
- 9. September: Schlussabstimmung über die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU.
- 17. September: Die Unterschriftensammlung für die Taggeld-Initiative wird abgebrochen. Damit bleiben aus dem Initiativbouquet von SP und SGB die Lehrstelleninitiative, die Initiative für die Kapitalgewinnsteuer und die Arbeitszeit-Initiative übrig.
- 30. September: Die SP lanciert eine Kampagne „Post für Alle“, führt einen Aktionstag durch und lanciert eine Petition.
- 24. Oktober: Die SP baut ihren Stimmenanteil weiter aus. Er beträgt 22,5 Prozent und übertrifft mit 0,7 Prozent noch das Spitzenresultat von 1995. Trotz drei Verlusten bleibt die SP im Nationalrat mit Abstand die stärkste Fraktion.
- 18. November: Der Bundesrat lehnt die SP-Initiative „Gesundheit muss bezahlbar bleiben“ ohne Gegenvorschlag ab. Die SP reagiert mit Wut und Enttäuschung.
- 26. November: Franco Cavalli wird als Nachfolger von Ursula Hafner als Fraktionspräsident gewählt.
- 15. Dezember: Mit der Kandidatur von Christoph Blocher und der Kampfansage der SVP an die SP verlaufen die Bundesratswahlen nicht nach dem gewohnten Schema ab. Blocher, der angetreten ist, die sozialdemokratische Bundesrätin Ruth Dreifuss zu stürzen, erleidet selber eine schmachliche Niederlage.

2000

- 12. März: Die SP freut sich über das deutliche Nein zur Denner-Initiative «Für Beschleunigung der direkten Demokratie», das auch eine klare Absage an die SVP ist. Gleichzeitig bedauert die SP die Ablehnung der Verkehrshalbierungsinitiative und das Nein zur Quoteninitiative, die die PolitikerInnen in Bern zu einer besseren Vertretung der Frauen verpflichtet hätte. Die Ablehnung der Fortpflanzungsinitiative wird hingegen von der SP begrüsst.
- 15. April: Nachdem Ursula Koch ihren Rücktritt gegeben hat wird Christiane Brunner vom Parteitag zur neuen SP-Präsidentin gewählt. Christine Goll und Hans-Jürg Fehr werden Vize-Präsidenten.

- 21. Mai: Die SP Schweiz ist begeistert über das deutliche Ja des Schweizer Volkes zu den Bilateralen Verträgen. Sie fordert den Bundesrat auf, das Dossier der EU-Beitrittsverhandlung noch dieses Jahr zu reaktivieren.
- 22. Mai: Der SP-Generalsekretär, Jean-François Steiert, gibt bekannt, dass er auf eine Wahl für eine erneute Amtsperiode als Generalsekretär verzichten wird.
- 24. September: Die SP freut sich über das Nein zur 18% Initiative, die zeigt, dass die Schweizer Stimmenden keine restriktive Zuwanderungsregelung in der Verfassung wollen. Bedauernswert sind aber die Absagen an die drei Energievorlagen, die der Schweiz zur Energiewende verholfen hätten. Ebenfalls bedauernswert für die SP ist das Nein zum „Konstruktiven Referendum“: hier ist es den Bürgerlichen gelungen, die Demokratiedebatte zu verhindern.
- 27. September: Die SP Fraktion fordert nach dem NEIN zur 18% Initiative den Bundesrat auf, unverzüglich Massnahmen zur Behebung der Defizite in der eidgenössischen AusländerInnenpolitik zu ergreifen.
- 15. Oktober: Die Genferin Christiane Brunner wird vom Parteitag zur neuen SP-Präsidentin gewählt. Christine Goll und Hans-Jürg Fehr werden Vize-Präsidenten.
- 1. November: Das SP Präsidium und die Fraktionsspitze besprechen die Nachfolge von Bundesrat Adolf Ogi. Man ist sich einig: Solange die SVP nicht wieder konkordanzfähig ist, gehört sie nicht mehr in den Bundesrat. Die SP Schweiz macht der FDP und der CVP das Angebot, den frei werdenden Sitz im Bundesrat am 6. Dezember mit einem Kandidaten oder einer Kandidatin aus ihren Reihen zu besetzen.
- 26. November: Die SP Schweiz freut sich über das gute Resultat der AHV-Initiative der Grünen. Sie wird bei der jetzt laufenden 11. AHV-Revision alles daran setzen, dass die Bürgerlichen endlich für ein sozialverträgliches flexibles Rentenalter Hand bieten. Gleichzeitig bedauert sie das schlechte Ergebnis der von ihr unterstützten Umverteilungsinitiative und kündigt an, bei der „Armee XXI“ weiterhin den Finger auf die wunden Punkte zu halten. Nach der massiven Zustimmung zum neuen Bundespersonalgesetz erwartet die SP Schweiz, dass Bundesrat Villiger sein Versprechen hält und dem Bundespersonal keine Schmalhanspolitik verordnet.
- 6. Dezember: Samuel Schmid (SVP) wird der Nachfolger von Bundesrat Adolf Ogi.
- 9. Dezember: Der Parteivorstand wählt Reto Gamma zum neuen Generalsekretär der SP Schweiz. Daneben beschliesst er die Unterstützung der Teilrevision des Militärgesetzes, sowie die Parolen zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. März 2001. Der Parteivorstand sagt entschieden Ja zu Europa und ebenfalls Ja zu „Strassen für alle“ und beschliesst die Stimmfreigabe für die Denner-Initiative „Für tiefere Arzneimittelpreise“.

2001

- 4. März: Die SP ist enttäuscht über die deutlichen Ablehnungen der Initiativen „Ja zu Europa“ und „Strassen für alle“.
- 5. Mai: Die erste Koordinationskonferenz zwischen der SP Schweiz und den SP-Kantonsparteien findet statt. Die neuen Statuten der SP Schweiz, die beim ordentlichen Parteitag von 14. und 15. Oktober 2000 in Lugano angenommen worden sind, haben dieses neue Gremium eingeführt.
- 10. Juni: Die SP ist über das doppelte Ja zur Militärgesetzrevision erfreut. Die Ja-Parole der Delegiertenversammlung der SP Schweiz hat einen wichtigen Beitrag zum positiven Ausgang der Abstimmung geleistet. Christoph Blocher und seine AUNS sind mit einer rund 10 Millionen teuren, massiven Abstimmungspropaganda gescheitert.
- 6. September: Erstmals erhält die SP Schweiz eine stellvertretende Generalsekretärin. Katrin Scheidegger-Ogi tritt die Nachfolge von Myriam Holzner an, die als Zentralsekretärin der SP Frauen gekündigt hat.
- 15. September: Die SP führt eine Veranstaltung zur Luftverkehrspolitik durch. Sie dient sowohl der Aufdatierung der Kenntnisse über den neusten Stand der Forschung, sowie des Sachplans Infrastruktur und der Aktualisierung der politischen Leitlinien der SP.

- 4. Oktober: Die SP verlangt Sofortmassnahmen für «Sans-papiers»: Mit einem Paket von Vorstössen reagiert die SP Fraktion auf die Situation der «Sans-papiers». Kurz darauf fordert die SP, dass das Parlament in der Wintersession über die Modalitäten einer Regularisierung entscheiden soll und dass die betroffenen Menschen bis dahin unbehelligt in unserem Land bleiben können.
- 2. Dezember: Die SP ist enttäuscht über die Ablehnung der Volksinitiative für eine Besteuerung der Aktiengewinne. Dass mehr als ein Drittel der Stimmenden die Kapitalgewinnsteuer zugestimmt haben, wertet die SP als Auftrag, weiterhin für das Schliessen von Steuerlücken und für eine gerechtere Steuerpolitik zugunsten der Familien zu kämpfen. Die breite Zustimmung einer Schuldenbremse, die Ablehnung der beiden GsoA-Initiativen sowie das Nein zur Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» ist aus SP Sicht ebenfalls bedauerlich.

2002

- 31. Januar: Die SP Schweiz nimmt aktiv am zweiten Weltsozialforum von Porto Alegre teil.
- 3. März: Die SP freut sich über das JA der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Eintritt der Schweiz in die UNO. Gleichzeitig bedauert sie die Ablehnung der Volksinitiative „für eine kürzere Arbeitszeit“ der Gewerkschaften.
- 25. Mai: Hildegard Fässler-Osterwalder wird neue Präsidentin der SP-Fraktion und tritt damit die Nachfolge von Franco Cavalli an.
- 2. Juni: Die SP freut sich über die Annahme der vernünftigen Fristenregelung und die massive Ablehnung der extremistischen Volksinitiative «für Mutter und Kind». Beide Resultate sind ein grosser Erfolg für die SP und eine Niederlage für die SVP.
- 5. Juni: Nach den Abstimmungserfolgen will die SP nun Taten statt Worte in Sachen Familienpolitik sehen. Die SP-Fraktion fordert die CVP auf, mit ihr zusammenzuspannen und den hängigen familienpolitischen Vorlagen zum Durchbruch zu verhelfen: der Anstossfinanzierung von Krippenplätzen, den Kinderzulagen, dem Steuerreformmodell der SP und der Mutterschaftsversicherung.
- 11. Juni: Die SP-Fraktion sagt einstimmig Ja zum Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland in Sachen Flugverkehrskontrolle über deutschem Hoheitsgebiet.
- 5. Juli: Mit Kindern rechnen!: Die SP stellt ihr neues familienpolitisches Konzept vor. Darin schlägt sie ein neues Reformkonzept zur Stärkung der Familien in der Arbeitswelt, im Lebensumfeld und in finanzieller Hinsicht vor.
- 6. August: Der Bundesrat schaut zu – die SP handelt: Sie reicht beim Europäischen Patentamt Einspruch ein gegen die Patentierung eines Menschen-Gens, das für Diagnose und Therapie von Brustkrebs von entscheidender Bedeutung ist.
- 7. September: Die SP-Fraktion verabschiedet ein Vorstosspaket zur Revision des BVG. Sie fordert, dass der Mindestzinssatz nicht gesenkt wird. Zudem verlangt sie volle Transparenz bei der beruflichen Vorsorge, die Durchsetzung einer fairen Verteilung der aufgelaufenen Gewinne und eine wirksame Aufsicht der Sammelstiftungen zum Schutz der Versicherten.
- 22. September: Die SP freut sich über das Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), das sie als einzige Bundesratspartei bekämpft hatte. Gleichzeitig ist sie enttäuscht über das Doppel-Nein zur Goldinitiative („Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds“) und zum Gegenentwurf der Bundesversammlung. Sie verlangt nun einen nationalen Innovationsfonds.
- 30. September: Bundesrätin Ruth Dreifuss gibt ihren Rücktritt aus dem Bundesrat auf Ende 2002 bekannt. Die SP hat eine kompetente, engagierte Linkspolitikerin mit offenem Ohr für die Anliegen der Bevölkerung zu würdigen.
- 4. Oktober: Die SP gratuliert dem «Komitee für eine sichere AHV» zu Einreichung seiner Volksinitiative „«Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA). Die Initiative kommt zu einem grossen Teil dank dem riesigen Einsatz der SP-Mitglieder und –Sektionen zustande.
- 24. November: Die SP ist erleichtert, dass die Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» am Volksmehr gescheitert ist. Das äusserst knappe Abstimmungsergebnis gibt allerdings im Hinblick auf die

humanitäre Tradition sowie die Grundwerte unserer Demokratie Anlass zur Besorgnis. Die Annahme der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) ist aus SP-Sicht bedauernd wert.

- 4. Dezember: Die Genferin Micheline Calmy-Rey wird zur Nachfolgerin der Bundesrätin Ruth Dreifuss gewählt.

2003

- 20. März: Schockiert und konsterniert muss die SP den Ausbruch des Krieges im Irak zur Kenntnis nehmen. Sie verurteilt die gravierende Verletzung des internationalen Rechts durch die unilaterale Militäroperation gegen den Irak und drückt ihr Mitgefühl und ihre Solidarität gegenüber allen Opfern aus. Im Anschluss fordert die SP den Bundesrat auf, unverzüglich den Stopp aller Waffenlieferungen in die kriegsführenden Länder anzuordnen. Kurz darauf reicht sie bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige wegen Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes ein, die sich gegen die Firmen RUAG und Derendinger & Cie SA richtet.
- 21. März: Die SP-Fraktion lehnt das Kernenergiegesetz (KEG) im Nationalrat ab.
- 6. April: Nach den Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern, Tessin und Appenzell-Ausser Rhoden zeichnet sich ab: Die SP steigert ihre Wähleranteile. Das Ziel für die Nationalratswahlen im Herbst – landesweit 25 % Wähleranteile zu erlangen – rückt immer näher.
- 18. Mai: Ein schwarzer Abstimmungssonntag für die SP: Die SP-Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» wird klar abgelehnt. Das ambitionöse Ziel der Initiative, einen radikalen Umbau in der Gesundheitspolitik zu verwirklichen, kam bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht an. Auch die 6 anderen Initiativen, die die SP unterstützt hat, werden abgelehnt („Ja zu fairen Mieten“, Sonntags-Initiative, „Gleiche Rechte für Behinderte“, Strom ohne Atom, MoratoriumPlus und die Lehrstellen-Initiative). Angenommen werden die Vorlage „Armee XXI“ und das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz.
- 20. Mai: www.sp-ps.ch – die neue Internetseite der SP Schweiz ist online.
- 30. August: 50 Tage vor den Nationalratswahlen läutet die SP Schweiz mit einem aussergewöhnlichen Wahlanlass in Bern die heisse Phase des Wahlkampfes ein. Der Grossanlass steht ganz im Zeichen einer zeitgemässen Familienpolitik nach dem Motto „Job und Kind – wir wollen beides“.
- 12. September: Die Geschäftsleitung der SP Schweiz beschliesst, die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das unsoziale Steuerpaket kurzfristig zu unterstützen.
- 5. Oktober: An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung beschliesst die SP einstimmig, gegen die 11. AHV-Revision das Referendum zu ergreifen.
- 9. Oktober: Mit einer 48-stündigen Tour in 18 Kantonen startet die SP ihre Schlussmobilisierung im Wahlkampf.
- 18. Oktober: Die SP Schweiz feiert bei den eidgenössischen Wahlen das beste Resultat seit 25 Jahren! Sie erreicht einen WählerInnenanteil von 23,3%. Das Resultat ist eine klare Bestätigung für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit.
- 28. Oktober: Der SP-Fraktionsvorstand gibt bekannt, dass Christoph Blocher an den bevorstehenden Bundesratgesamterneuerungswahlen keine SP-Stimmen bekommen wird.
- 21. November: An ihrer konstituierenden Sitzung bestätigt die SP-Fraktion Hildegard Fässler-Osterwalder als Fraktionspräsidentin und Pierre-Alain Gentil als Vizepräsident in ihrem Amt und wählt neu als Vizepräsident den langjährigen Nationalrat Andrea Hämmerle. Für das 2. Vizepräsidium des Nationalrates nominiert sie Claude Janiak (BL).
- 10. Dezember: Leider können auch die 61 SP-Stimmen den Rechtsrutsch im Bundesrat bei den Gesamterneuerungswahlen nicht verhindern. Auf rechter Seite neu gewählt sind Hans-Rudolph Merz (FDP) und Christoph Blocher (SVP). Die Abwahl von Rutz Metzler (CVP) ist zudem ein Rückschlag für die Frauen.
- 12. Dezember: Christiane Brunner gibt ihren Rücktritt als Parteipräsidentin der SP Schweiz auf Anfang März bekannt. Ihr war es gelungen, die Partei zu einen und zum Erfolg zu führen.

2004

- 31. Januar: Die SP-Fraktion der Bundesversammlung setzt an ihrer Klausurtagung in Thun ihre Prioritäten für die Legislatur 2003–2007: Qualitätssicherung bei den sozialen Errungenschaften, Durchsetzung der Chancengleichheit, Verbesserung der Ökobilanz und Öffnung hin zu Europa.
- 8. Februar: Die SP begrüsst die Ablehnung des Avanti-Gegenvorschlages als klares Bekenntnis zur Verlagerungspolitik und zum öffentlichen Verkehr sowie die klare Ablehnung der Änderung des Mietrechtes. Sie teilt die Sorge der Mehrheit der Bevölkerung, die Ja zur Verwahrungs-Initiative gestimmt hat, ist aber weiterhin überzeugt, dass mit der vorhandenen, wenn auch noch nicht in Kraft gesetzten, Strafgesetzbuchsrevision die Ziele und Erwartungen der BefürworterInnen der Initiative erfüllt werden können.
- 6. März: Hans-Jürg Fehr (SH) wird neuer SP-Parteipräsident und tritt somit die Nachfolge von Christiane Brunner an. Als VizepräsidentInnen folgen Ursula Wyss (BE) und Pierre-Yves Maillard (VD).
- 16. Mai: Die SP feiert einen grossen Abstimmungserfolg und erteilt der Rechten eine historische Schlappe. Gegen die übrigen Bundesratsparteien und die unzähligen Millionen von *economiesuisse* und Co. hat das Volk sowohl das Steuerpaket wie auch die 11. AHV-Revision klar abgelehnt und ist der SP gefolgt.
- 26. September: Die SP Schweiz ist hoch erfreut über das Ja zum Mutterschaftsurlaub. Der jahrzehntelange Kampf hat sich gelohnt: Die Stimmberechtigten haben dem ausgewogenen Kompromiss für einen Mutterschaftsurlaub deutlich zugestimmt. Die Ablehnung der Einbürgerungsvorlagen ist aus SP-Sicht dagegen äusserst bedauernswert. Die SP verurteilt die Rolle von Christoph Blocher, der als zuständiger Bundesrat während der Abstimmungskampagne seinen Dienst verweigerte.
- 28. November: Die SP Schweiz bedauert die Annahme der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Die SP kämpfte als einzige Bundesratspartei mit den Behindertenorganisationen gegen diese Vorlage. Erfreut ist die SP Schweiz dagegen über die Annahme des Bundesgesetzes über die Forschung an embryonalen Stammzellen. Ebenfalls mit Freude nimmt die SP die deutliche Zustimmung zur neuen Finanzordnung (NFO) zur Kenntnis.

2005

- 12. April: Die SP kann in Neuenburg einen historischen Sieg verbuchen. Die Linke verfügt in diesem Kanton nun über eine doppelte Mehrheit - in Parlament und Regierung.
- 30. April: Die beiden Co-Präsidentinnen der SP-Frauen Julia Gerber Rüegg und Maria Roth Bernasconi werden einstimmig wiedergewählt.
- 5. Juni: Die SP Schweiz ist hoch erfreut über die Abstimmungserfolge zu Schengen/Dublin und zum Partnerschaftsgesetz. Das Ja zu Schengen/Dublin ist ein Ja zur Öffnung und Zusammenarbeit und eine Absage an eine isolationistische Schweiz. Das Ja zum Partnerschaftsgesetz, das die SP Schweiz als einzige Partei finanziell unterstützt hat, ist ein weiterer Erfolg für eine moderne und zukunftsgerichtete Schweiz und ein klares Zeichen zur gesellschaftspolitischen Öffnung.
- 1. Juli: Die Mutterschaftsversicherung tritt in Kraft. Die SP Schweiz freut sich, dass nun endlich alle erwerbstätigen Mütter Anrecht auf 14 Wochen Lohnfortzahlung nach der Geburt haben.
- 12. August: Reto Gamma kündigt an, aus gesundheitlichen Gründen auf Ende September als Generalsekretär der SP Schweiz zurückzutreten. Er wird sich künftig ganz dem Fundraising widmen.
- 19. September: Der junge Thomas Christen (SG) wird von den SP-Delegierten zum neuen Generalsekretär der SP Schweiz und damit zum Nachfolger von Reto Gamma gewählt. Zusätzlich verabschieden die Delegierten ein Positionspapier zur Hochschulpolitik, lehnen die Liberalisierung der Sonntagsarbeit ab und kündigen ihre Wahlkampfziele 2007 an: sie wollen auf Kosten der FDP und mit

Hilfe der Grünen einen dritten Bundesratssitz erringen, um die «rechtslastige» Regierungsmehrheit zu brechen.

- 25. September: Die SP Schweiz ist hocherfreut über die deutliche Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Nur die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden ermöglichten eine Ja-Mehrheit. Mit diesem neuerlichen Ja zur Öffnung erteilt die Stimmbevölkerung den Isolationisten eine weitere vernichtende Abfuhr.
- 8. November: Die SP stellt ihre neue Europaplattform vor. Da die Nachteile und Risiken des Bilateralismus immer deutlicher zu Tage treten, ist für die SP klar, dass die Variante Beitritt nicht auf die lange Bank geschoben werden darf, sondern bereits jetzt intensiv bearbeitet und vertieft diskutiert werden muss.
- 27. November: Eine sehr knappe Mehrheit der Bevölkerung sagt Ja zum Sonntagsverkauf, was die SP bedauert. Sie ist aber erfreut über die Zustimmung zum Gentechnikmoratorium.
- 28. November: Der SP-Nationalrat Claude Janiak (BL) wird zum Nationalratspräsident für das Jahr 2006 gewählt. Er engagiert sich seit langem unermüdlich für eine multikulturelle, nach aussen offene und nach innen tolerante und vielfältige Schweiz.
- 7. Dezember: Auch im Bundesrat kommt es zu einer erfreulichen Wahl: Moritz Leuenberger wird zum Bundespräsidenten des Jahres 2006 gewählt, während Micheline Calmy-Rey Vizepräsidentin wird.
- 16. Dezember: Nach der parlamentarischen Schlussabstimmung lanciert die SP Schweiz Ende Jahr definitiv das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz. Die humanitäre Tradition der Schweiz steht auf dem Spiel und etliche Punkte sind menschenrechts- oder völkerrechtswidrig.

2006

- 8. März: Am Internationalen Frauentag lanciert die SP-Fraktion mehrere Vorstösse für ein griffigeres Gleichstellungsgesetz.
- 6. April: Die SP freut sich über die Einreichung der Referenden gegen das Asylgesetz und gegen das Ausländergesetz. Mehr als 120'000 Unterschriften gegen dieses unmenschliche Asylgesetz sind ein grosser Erfolg. Es geht um die Verteidigung zentraler Werte.
- 9. April: Die SP feiert einen sensationellen Wahlerfolg im Kanton Bern: Die Bevölkerung wählt den Rechtsblock ab und Bern wird künftig rot-grün regiert. Einen deutlichen Wahlerfolg wird zusätzlich in Appenzell-Ausser Rhoden erreicht.
- 13. Mai: Über 60 SP-Frauen finden sich zum Frauenvernetzungstag zusammen. Sie erklären ihr Ziel für die Wahlen 2007: einen Frauenanteil von mindestens 50% in der SP-Fraktion.
- 21. Mai: Die SP freut sich über die klare Annahme der Bildungsartikel.
- 14. Juni: Die SP, und besonders die SP-Frauen, freuen sich über die Wahl von Doris Leuthard als Nachfolgerin von Joseph Deiss im Bundesrat. Die SP hatte sie als offizielle Kandidatin unterstützt.
- 20. Juni: Nationalrätin Ursula Wyss (33) übernimmt ab Juli die Nachfolge von Hildegard Fässler an der Spitze der SP-Fraktion.
- 31. Juli: Das von der SP und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe organisierte Openair „Stopp Ausgrenzung“ lockt über 5000 Menschen auf den Bundesplatz. Verschiedene Schweizer Kunstschaffende und RednerInnen appellieren an das Volk, am 24. September Nein zu Asyl- und Ausländergesetz zu stimmen.
- 24. September: Die SP ist schwer enttäuscht über die Annahme des Asyl- und des Ausländergesetzes. Sie will die Befürworter in Zukunft bei Wort nehmen, wenn diese sagen sie wollen die Gesetze human umsetzen. Trotz der Ablehnung der KOSA-Initiative ist die SP erfreut über das gute Resultat. Das SP Engagement für eine starke AHV hat sich gelohnt und geht weiter.
- 7. November: „Die Schweiz ist ein Einwanderungsland – Integrationsoffensive jetzt!“ Die SP Schweiz präsentiert ein umfassendes Integrationspapier und fordert eine sofortige Integrationsoffensive, einen Aktionsplan für das Erreichen von Integrationszielen und eine „Integrationsvereinbarung“ mit Neu-Eingewanderten.

- 26. November: Ein durch und durch erfolgreicher Abstimmungssonntag: Die SP freut sich über das deutliche Ja zu den Kinderzulagen. Das Resultat ist ein grosser Erfolg für die Familien und für die SP. Zudem gibt es den 6. aussenpolitischen Erfolg für die SP zu feiern: das Ja zur Ostzusammenarbeit.
- 6. Dezember: „Suchtpolitik: Zwischen Bevormundung und Laisser-faire“: Die SP-Fraktion präsentiert ein Grundlagenpapier für eine nüchterne und zukunftsgerichtete Suchtpolitik.
- 13. Dezember: Mit der Wahl von Micheline Calmy-Rey kann sich die SP über ihre zweite Bundespräsidentin freuen.
- 22. Dezember: Die SP startet ihre Kampagne für eine soziale Einheitskrankenkasse.

2007

- 11. März: Die SP-Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse wird in der Volksabstimmung klar abgelehnt.
- 21. März: Die neue Website der SP Schweiz geht online. Sie bringt nebst einem zeitgemässen Design vor allem einen Ausbau der interaktiven Möglichkeiten.
- 24. März: Mit einem Zukunftsgipfel und der Delegiertenversammlung in Locarno wird der nationale Wahlkampf lanciert
- 3. April: Start der Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Unternehmenssteuer II
- 16. April: Bei den Wahlen im Kanton Zürich erleidet die SP einen Einbruch: Sie verliert 17 Mandate resp. 7,25% Wählerstimmen im Kantonsrat.
- 18. April: Nationalrätin Josy Gyr erliegt einem Krebsleiden.
- 4. Mai: Die SP verlangt das aktive Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren auf Bundesebene.
- 17. Juni: Das Volk nimmt die 5. IV-Revision an, welche die SP mit einem Referendum bekämpft hatte.
- 25. Juni: Nationalrätin Liliane Chappuis verstirbt nach einem Herzinfarkt.
- 30. Juni: In Olten finden DV und Sozialgipfel gleichzeitig statt. Die SP-Delegierten beauftragten die Geschäftsleitung, eine Solidaritätsabgabe von 5% auf Dividenden durchzusetzen.
- 9. Juli: Das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II wird mit über 58'000 gültigen Unterschriften eingereicht.
- 1. August: Bundesrätin Micheline Calmy-Rey spricht auf dem Rütli.
- 18. August: An ihrem Städtegipfel in Basel fordert die SP Schweiz mehr Einfluss für die Städte auf Bundesebene und lanciert eine Städteoffensive mit dem Ziel, besonders die städtischen Probleme in den Bereichen Verkehr, Wohnungsbau und Krippenangebote zu lösen.
- 1. September: Die rund 300 Teilnehmenden verabschieden am Arbeitsgipfel in Yverdon ein 12-Punkte-Aktionsprogramm für mehr Fairness im Bereich Arbeit.
- 3. September: Zusammen mit mehr als 60 anderen Organisationen lanciert die SP die eidgenössische Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt".
- 22. September: Am Energiegipfel in Dübendorf verabschiedet die SP eine Energiecharta mit dem Titel "Erneuerbar statt atomar".
- 27. September: Erster indirekter Erfolg für die Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt": Die Armeemunition darf nach einem Beschluss des Parlaments ab 2008 nicht mehr nach Hause genommen werden.
- 21. Oktober: Bei den eidgenössischen Wahlen verliert die SP 3,8 % und 9 Sitze im Nationalrat. Im Ständerat kann sie ihre 9 Sitze halten.
- 26. Oktober: SP-Präsident Hans-Jürg Fehr kündigt seinen Rücktritt auf den 1. März 2008 an.
- 13. Dezember: Die vereinigte Bundesversammlung wählt unter Federführung der SP den SVP-Bundesrat Christoph Blocher ab und setzt an seiner Stelle Eveline Widmer-Schlumpf ein.

2008

- 24. Februar: Die von der SP mit einem Referendum bekämpfte Unternehmenssteuerreform II schafft in der Volksabstimmung nur gerade 50,53 % Ja-Stimmen

- 1. März: Am ausserordentlichen Parteitag in Basel wird der Freiburger Nationalrat Christian Levrat zum neuen Präsidenten der SP Schweiz gewählt.
- 6. Mai: 118'852 Unterschriften hat die SP im Alleingang für ihre Steuergerechtigkeits-Initiative gesammelt. Sie werden heute eingereicht.
- 1. Juni: Die SP siegt bei den eidgenössischen Abstimmungen auf der ganzen Linie: Der Verfassungsartikel vom 21.12.2007 'Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung', der eine Zweiklassenmedizin gebracht hätte und die SVP-Initiative willkürliche Einbürgerungsverfahren abgewendet